



## Antrag

der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

### Verlängerung der Kernbrennstoffsteuer

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung, sich auf Bundesebene für eine Entfristung der Kernbrennstoffsteuer bzw. eine entsprechende Neuregelung einzusetzen.

Begründung:

Die derzeitige Regelung der Kernbrennstoffsteuer nach dem KernbrStG vom 01.01.2011 ist befristet auf den 31.12.2016. Mit dem Auslaufen dieser Steuer wären Brennelemente für Atomkraftwerke im Gegensatz zu allen anderen Brennstoffen, die durch energetische Verwendung chemisch-physikalisch verbraucht werden, keiner Besteuerung mehr unterzogen. Diese steuerliche Bevorzugung eines einzelnen Energieträgers ist weder in einer wettbewerbsorientierten Wirtschaft begründbar noch mit den Zielen der Energiewende vereinbar. Ferner unterliegen Uranvorkommen als endliche Energierohstoffe einer Verknappung. Mit der Besteuerung dieser Brennstoffe wird u.a. Ressourcenschonung angestrebt.

Olaf Schulze  
und Fraktion

Detlef Matthiessen  
und Fraktion

Flemming Meyer  
und die Abgeordneten des SSW